



## Protokoll

### über die 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 16.09.2014
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:36 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Vorsitz

Kaatz, Detlef

##### Ordentliche Mitglieder

Bötel, Bernhard  
Gerndt, Elisabeth  
Hausmann, Michael  
Koch, Manfred  
Puhle, Stefan  
Boog, Thomas

##### Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Leukert, Michael

##### stellvertretendes Mitglied

Ganzauer, Oliver

Vertretung für Herrn Harald Koch

Hantelmann, Klaus

Vertretung für Herrn Kreistagsabgeordneten Dietmar Fricke

Polzin, Bruno

Vertretung für Herrn Kreistagsabgeordneten Patrick Krause

##### Landrätin

Steinbrügge, Christiana

##### Von der Verwaltung

Hortig, Martin  
Beddig, Heiko  
Bombe, Michael  
Vogt, Kornelia

Dezernent  
Protokollführer  
Pressesprecherin

**Es fehlen:**

**stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)**

Fricke, Dietmar

**Ordentliche Mitglieder**

Försterling, Björn  
Krause, Patrick  
Koch, Harald

---

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 14. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 17.06.2014 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
  - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
  - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 15 Abs. 2 GO)
6. Anträge (§§ 23, 4f GO)
7. Sachstandsbericht zur Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung  
Vorlage: XVII-0462/2014
8. Quartalsbericht II/ 2014 Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVII-0466/2014
9. Überplanmäßige Aufwendung für das Haushaltsjahr 2014 im Bereich der Zuschüsse für die Personalkosten in den Kindertagesstätten.  
Vorlage: XVII-0474/2014
10. Schulsozialarbeit; Weiterführung der sozialpädagogischen Stellen
  1. in der IGS Wallstr.,
  2. in den GrundschulenVorlage: XVII-0464/2014
11. ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig;
  1. Sachstandsbericht "Zielvereinbarung zur ÖPNV-Finanzierung"
  2. Verlängerung des Refinanzierungsvertrags zur allgemeinen Vorschrift mit dem Zweckverband Großraum Braunschweig

Vorlage: XVII-0471/2014

12. Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
  13. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)
- 

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Kaatz eröffnet die 15. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)**

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)**

Vorsitzender Kaatz stellt die Tagesordnung fest. Änderungswünsche liegen nicht vor. Wortmeldungen liegen nicht vor.

### **TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 14. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 17.06.2014 (§§ 23, 4d GO)**

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig bei sieben Ja-Stimmen und drei Stimmenenthaltungen nachstehenden

#### **Beschluss:**

Das Protokoll über die 14. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 17.06.2014 wird genehmigt.

### **TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)**

#### **TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)**

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

## **TOP 5.2   Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)**

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anfragen von Kreistagsmitgliedern vorliegen.

## **TOP 6      Anträge (§§ 23, 4f GO)**

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anträge vorliegen.

## **TOP 7      Sachstandsbericht zur Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung Vorlage: XVII-0462/2014**

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 7 auf und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Die Sitzungsvorlage diene als Zwischenbericht über die bereits geleistete Arbeit der Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung. Die Arbeitsgruppe habe sich insbesondere mit der Wirtschaftsstruktur des Landkreises Wolfenbüttel beschäftigt. Dabei sei, in Zusammenarbeit mit der Ostfalia Hochschule, eine Erhebung durchgeführt worden. Bei der Erhebung habe sich herausgestellt, dass es im Landkreis Wolfenbüttel ca. 6.000 Unternehmen gäbe. Von diesen 6.000 Unternehmen seien ca. 3.300 im Gebiet der Stadt Wolfenbüttel und ca. 2.700 im Gebiet des Landkreises angesiedelt. Weiterhin habe sich herausgestellt, dass der überwiegende Teil der Unternehmen Kleinunternehmen seien. Mit der Vorlage des Konzeptes zur Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel werde das Ergebnis noch ausführlicher erläutert. Das Finanzvolumen werde bei ca. 250.000 € pro Jahr liegen.

Von zentraler Bedeutung sei die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Samtgemeinden und der Stadt Wolfenbüttel. Es sei ein „Kümmerer“ nötig, der die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen koordiniere. Über die Organisationsform der Wirtschaftsförderung werde in der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe diskutiert. In der nächsten Sitzung des Ausschusses solle dann ein Konzeptvorschlag vorgestellt werden.

KAbg. M. Koch fragt Landrätin Steinbrügge, wie die beiden Stellen in der Wirtschaftsförderung bewertet seien.

Landrätin Steinbrügge teilt nach Rücksprache mit Kreisverwaltungsoberrat Beddig mit, dass eine Stelle mit A11 und die andere Stelle nach Entgeltgruppe 9 bewertet sei.

Vorsitzender Kaatz möchte noch einmal auf den Begriff des „Kümmerers“ eingehen. Er halte es für wichtig, dass der „Kümmerer“ als zentraler Ansprechpartner auftrete und die Unternehmen bei der Kontaktaufnahme zu Behörden unterstütze. Er solle dabei Brücken zwischen den einzelnen Anlaufstellen bauen. Kurze Wege seien dabei auch sehr wichtig.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

### **Kenntnisnahme:**

Von der Sitzungsvorlage Nr. XVII-0462/2014 über den Sachstandsbericht zur Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung wird Kenntnis genommen.

**TOP 8      Quartalsbericht II/ 2014 Landkreis Wolfenbüttel**  
**Vorlage: XVII-0466/2014**

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 8 auf und stellt fest, dass sich gegenüber der Planung das Ergebnis voraussichtlich um ca. 4.000.000,00 € verbessere.

Erster Kreisrat Hortig weist darauf hin, dass jeder Quartalsbericht nur die planbaren Ereignisse berücksichtigen könne. Halbwegs zuverlässige und planbare Ansätze für die kommende Haushaltsplanung 2015 seien erst mit dem 3. Quartalsbericht zu erwarten.

KAbg. Gerndt nimmt das Zwischenergebnis vorsichtig erfreut zur Kenntnis. Sie möchte wissen, ob es weitere Risiken gäbe, die das Zwischenergebnis relativieren würden.

Erster Kreisrat Hortig erwidert, dass unerwartete Ereignisse bzw. Risiken eintreten könnten, auf die ein Quartalsbericht nicht eingehen könne. Er führt dazu als Beispiel die Änderung der Verteilungsquote des Landes für Schlüsselzuweisungen auf. Ein weiteres Beispiel sei das Flüchtlingskontingent. Dies seien Entwicklungen, die sich erst nach Fertigstellung des Quartalsberichtes ergäben hätten.

KAbg. Gerndt fragt, ob es nicht möglich sei, zukünftige Quartalsberichte mit einer Liste dieser ungewissen Themen zu versehen.

Erster Kreisrat Hortig sieht wenig Möglichkeit für eine solche Liste, da bei Erstellung des Berichtes die vorgenannten Beispiele noch gar nicht bekannt gewesen seien.

KAbg. Gerndt konkretisiert ihre Frage dahingehend, ob es nicht möglich sei, bereits bekannte Risiken oder Chancen in Bezug auf die Entwicklung der Ergebnisse in einer Anlage zum Quartalsbericht frühzeitig aufzuzeigen.

Landrätin Steinbrügge erwidert, dass bei der Prognose zum Jahresende die bereits bekannten Ereignisse berücksichtigt seien. Unvorhergesehene Ereignisse könne man nicht berücksichtigen.

KAbg. Hausmann geht davon aus, dass Einnahmen und Ausgaben, die erst am Jahresende zu leisten wären, bereits in der Prognose berücksichtigt seien.

Landrätin Steinbrügge bestätigt die Auffassung von KAbg. Hausmann.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Der Quartalsbericht II/2014 des Landkreises Wolfenbüttel wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis voraussichtlich um 4.013.400 €.

**TOP 9      Überplanmäßige Aufwendung für das Haushaltsjahr 2014 im Bereich**  
**der Zuschüsse für die Personalkosten in den Kindertagesstätten.**  
**Vorlage: XVII-0474/2014**

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 9 auf und bittet um Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

**Beschlussempfehlung:**

Der überplanmäßigen Aufwendung, wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage XVII-0474/2014 ergibt, wird zugestimmt. Zur Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen 2014 werden die Mehrerträge bei Produktkonto 6110000000.3111000 und die Mehreinzahlungen bei 6110000000.6111000 „Schlüsselzuweisungen vom Land“ herangezogen.

**TOP 10 Schulsozialarbeit; Weiterführung der sozialpädagogischen Stellen  
1. in der IGS Wallstr.,  
2. in den Grundschulen  
Vorlage: XVII-0464/2014**

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 10 auf und bittet um Wortmeldungen.

Landrätin Steinbrügge berichtet zu dieser Thematik aus der Sitzung des Jugendhilfeausschuss vom 15.09.2014. Der Jugendhilfeausschuss habe in seiner Sitzung am 15.09.2014 der Vorlage zugestimmt. Die Befristung der Stellen sei notwendig, da vom Land Niedersachsen noch kein Konzept zum Thema Schulsozialarbeit vorläge und noch nicht abschließend geklärt sei, wo die Aufgaben des Landes bzw. der Kommunen lägen. Zunächst solle beim Land das Thema Inklusion abgehandelt werden, erst danach wolle man sich mit dem Thema Schulsozialarbeit befassen. Es sei nicht zu erwarten, dass bis Ende des Jahres 2014 neue Erkenntnisse vorliegen werden.

KAbg. Hantelmann bedauert die Aussage des Landes zum Thema Schulsozialarbeit. Seiner Meinung nach könne Inklusion auch Schulsozialarbeit zur Folge haben. Er wünsche sich zu diesen Themen eine klare Aussage vom Land.

KAbg. M. Koch möchte wissen, was die Spitzenverbände in dieser Angelegenheit unternehmen.

Landrätin Steinbrügge berichtet über eine Präsentation aus dem Kultusministerium zu diesem Thema. Es fänden Gespräche zwischen den Spitzenverbänden und dem Kultusministerium statt. Leider gäbe es noch keine konkreten Ergebnisse.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

**Beschlussempfehlung:**

Zu 1: In der IGS Wallstr. wird Sozialarbeit mit einem Stellenanteil von 0,5 (S 11 TVöD) bis zum 31.07.2015, längstens bis zum 31.12.2015, weitergeführt. Die Mittel werden in den Haushalt 2015 eingestellt.

Zu 2: In den Grundschulen wird im bisherigen Umfang Schulsozialarbeit mit Stellenanteilen von 6 x 0,5 (S 11 TVöD), 3 x 0,25 (S11 TVÖD) und 1 x 0,25 Leitung (S12 TVöD) bis zum 31.07.2015, längstens bis zum 31.12.2015, weitergeführt. Die Mittel werden in den Haushalt 2015 eingestellt.

**TOP 11 ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig;**

**1. Sachstandsbericht "Zielvereinbarung zur ÖPNV-Finanzierung"**  
**2. Verlängerung des Refinanzierungsvertrags zur allgemeinen  
Vorschrift mit dem Zweckverband Großraum Braunschweig**  
**Vorlage: XVII-0471/2014**

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 11 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Gerndt regt gegenüber der Landrätin an, die Vertreter des Landkreises in der Verbandsversammlung des ZGB an einen runden Tisch zu holen, um so der Stimme des Landkreises mehr Gewicht zu verleihen.

Landrätin Steinbrügge hält die Idee für sinnvoll. Sie weist aber darauf hin, dass gegenwärtig der ZGB-Lenkungs- und Arbeitskreis installiert werde und dort die Themen ÖPNV und Mobilität bearbeitet werden.

KAbg. Polzin weist auf einen Bericht in der Braunschweiger Zeitung hin, dass es in der Stadt Braunschweig den Wunsch gäbe, die Busverbindungen auch in der Nacht zu betreiben. Er fragt, ob der Landkreis davon auch finanziell betroffen sei.

Erster Kreisrat Hortig erwidert, dass die Stadt Braunschweig die Verluste aus ihrer Verkehrsbetriebsgesellschaft allein trage und dadurch die zusätzlichen Aufwendungen eigentlich nicht in den Finanzierungsanteil des Landkreises fallen würden. Nach der Refinanzierungsvereinbarung müsse der Landkreis nur für Leistungen zahlen, die in seinem Gebiet bestellt worden sind.

KAbg. Hausmann berichtet, dass aus dem Bericht in der Braunschweiger Zeitung hervorgehe, dass die Gemeinde Cremlingen und die Stadt Wolfenbüttel eingebunden werden sollen. Die Einbindung solle wohl auf Kosten der Stadt Braunschweig stattfinden.

Erster Kreisrat Hortig versichert, dass auf diesen Punkt in den zukünftigen Sitzungen der Arbeitsgruppe zur ÖPNV-Finanzierung geachtet wird.

Landrätin Steinbrügge versteht diese Maßnahme so, dass es sich um eine Initiative der Stadt Braunschweig handele, um die Attraktivität der Stadt zu erhöhen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig nachstehende

**Beschlussempfehlung:**

1.  
Von dem Sachstandsbericht „Zielvereinbarung zur ÖPNV-Finanzierung“ wird Kenntnis genommen.
2.  
Die Landrätin wird beauftragt, den 3. Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag vom 22. November/02. Dezember 2011 zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des Zweckverbandes Großraum Braunschweig, wie er sich aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVII-0471/2014 ergibt, abzuschließen.

**TOP 12    Unterrichtung durch die Landrätin über wichtige Angelegenheiten (§  
85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)**

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 12 auf.

Erster Kreisrat Hortig berichtet über ein Schreiben des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e.V. .Mit diesem Schreiben beantragte der Gesamtverband eine Änderung der Taxentarifordnung des Landkreises Wolfenbüttel. Neben einer Erhöhung des Grundentgeltes und dem Entgelt für die Fahrleistung solle, unter Streichung des Entgeltes für Wartezeiten, ein Zeitpreis eingeführt werden. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens haben die örtlichen Taxi-Unternehmen gebeten, der Änderung nicht zuzustimmen. Es sei zu befürchten, dass die Einführung eines Zeitpreises zu einer massiven, zudem für den Fahrgast unkalkulierbaren Erhöhung der Beförderungskosten führen würde und in Folge dessen mit Umsatzeinbußen zu rechnen sei. Die IHK habe ihm Rahmen der Anhörung mitgeteilt, dass der Bundesverband der Taxen- und Mietwagen zurzeit in Verbindung mit Ver.di stehe um ggf. einen gesonderten flächendeckenden Tarifvertrag auszuhandeln. Vor diesem Hintergrund sei der Antrag dem Ausschuss nicht zur Beschlussfassung vorgelegt worden. Vielmehr sei gegenüber dem Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen e.V. angeregt worden, den Antrag zurück zu ziehen. Das Antwortschreiben werde mit dem Protokoll nachgereicht.

Das Antwortschreiben wird als Anlage 1 mit dem Protokoll übermittelt.

### **TOP 13    Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)**

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

Vorsitzender Kaatz bedankt sich und schließt die Sitzung um 18:36 Uhr.

Vorsitzender Kaatz

Erster Kreisrat Hortig

Protokollführer Bombe